Mittag=Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerberstr.= u. Breitestr.=Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: J. Wagner in Posen.

Redaktions=Sprechstunde von 9—11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen=Expeditionen R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.=G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: W. Braun in Posen.

Fernsprech=Anschluß Nr. 103.

Nr. 871

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn= und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn= und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 13. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 12. Dezember, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die **erste Berathung des Etats** wird fortgesetzt.

Abg. **Zimmermann** (Antis.): Es ist zu bedauern, daß auch in diesem Jahre der Reichstag so spät einberufen ist und infolgedessen nicht das leisten kann, was man von ihm erwartet. Dadurch wird das Ansehen der Volksvertretung in der öffentlichen Meinung systematisch herabgedrückt. Ueberaus verwundert hat es mich, daß uns der Reichskanzler keinen Aufschluß über die Entlassung des Ministers v. Köller gegeben hat. Dadurch ist den Kombinationen in der Presse wieder Thür und Thor geöffnet. Von den angekündigten Vorlagen ist keine geeignet, die Noth der produktiven Stände wirklich zu beseitigen; selbst das Börsengesetz ist so milde, daß es kaum irgend einem Börsianer Kopfschmerzen bereiten wird. Die Brotvertheuerer und Geldverschlechterer sind nicht auf der Seite zu finden, wo sie Abgeordneter Richter sucht, sie setzen sich in erster Linie zusammen aus den Differenzspielern an der Börse, denen man nicht scharf genug zu Leibe gehen kann. Abg. Richter sollte doch nicht eine nationale Gedenkfeier zu einem Vergleich der wirthschaftlichen Zustände benutzen. Vor allem muß dem Mittelstande geholfen werden, und dieser bekommt nur in der Handwerkerkammervorlage eine leere Schüssel, in der nichts Genießbares ist. Die Auswüchse des Genossenschaftswesens tragen auch dazu bei, die Lage des Handwerkers zu verschlechtern; was uns in dieser Hinsicht geboten wird, entspricht nicht dem, was die interessirten Kreise verlangen. Der Abg. Barth hat wieder ein hohes Loblied auf die Handelsverträge gesungen. Thatsächlich ist dadurch die Noth der Landwirthschaft noch vergrößert, der Zaubermeister Bismarck, der alles gekonnt hat, und sich mitunter zu seinen Zwecken auch zweifelhafter Dinge bediente, ist fort, und seine Lehrlinge verstehen ihre Sache nicht gut; man wird den Eindruck nicht los, daß in den regierenden Kreisen Kräfte walten, die eine gedeihliche Entwickelung hindern. Die Regierung geht immer einen Schritt vorwärts und zwei zurück, wie sich das beim Börsensteuergesetz gezeigt hat. Man weiß wirklich nicht, wie man sich zur Regierung stellen soll. Nach wie vor werden staatliche Arbeiten an jüdische Unternehmer vergeben. Im Etat ist, wie auch aus der uns zugegangenen Uebersicht über Entschließungen des Bundesraths hervorgeht, den aus dem Hause laut gewordenen Wünschen namentlich bezüglich des Postetats nicht Rechnung getragen. Auch die Vereinfachung der Versicherungsgesetze ist bisher noch nicht erfolgt. Die öffentliche Meinung geht dahin, daß Herr v. Bötticher dem im Wege steht, und das bisherige Verhalten dieses Ministers rechtfertigt unser Mißtrauen. Auch gegen die aus der Ringbildung drohenden Gefahren ist seitens der Regierung nichts geschehen, ich erinnere nur an die Erfolglosigkeit unserer Interpellation über den Petroleumring. Die vernichtendste Kritik über unsere ganze Handelsvertragspolitik liegt in den Vorgängen in England und Amerika, auf die der Staatssekretär von Marschall schon hingewiesen hat. Wir sollten doch endlich zu einer nationalen Wirthschaftspolitik zurückkehren. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie ist man sehr nervös, einmal greift man mit fester Hand zu und spricht von einer „vaterlandslosen Rotte", einmal, wie zum Beispiel unter Caprivi, ist man von der größten Liebenswürdigkeit. Die letzten Maßregeln gegen die Sozialdemokraten haben das Gegentheil von dem erreicht, was sie bezweckten, und das untergrabene Ansehen der sozialdemokratischen Führer wieder hergestellt. Gewiß kann man empört sein über die Aeußerungen der sozialdemokratischen Presse bei Gelegenheit der großen nationalen Feste, aber man muß doch nicht vergessen, daß die „Genossen" im Lande gar nicht alle damit einverstanden waren. Den Geistlichen und Juristen, die sich mit der sozialen Frage befassen, ist es heiliger Ernst mit ihren Bestrebungen; da sollte man sich doch hüten, von einem Spielen mit dem Feuer zu reden, wie es vor der französischen Revolution der Fall war. An den Grundlagen des allgemeinen Wahlrechts sollte man nicht rütteln. Statt dessen sehen wir, daß beispielsweise in Sachsen jetzt das Dreiklassenwahlsystem eingeführt werden soll, das für alle Zeiten von Bismarck als das elendeste aller Wahlsysteme gebrandmarkt ist. Dadurch, daß Sie den sozialdemokratischen Führern den Mund verschließen, beseitigen Sie doch nicht die soziale Gefahr, es sind morsche Bretter, die man da legt. Am meisten Anlaß zu Klagen geben unsere bestehenden Rechtsverhältnisse, die von einer wahrhaft deutschen Gesinnung wenig Zeugniß ablegen. Mit dem bürgerlichen Gesetzbuch glaubt man Abhilfe zu schaffen, aber es bedarf noch einer genauen Prüfung mehrerer Theile desselben, daraufhin, ob in ihnen auch wirklich ein nationaler Geist enthalten ist. Die Einheit allein thut es nicht. Es ist geradezu ein Laskerhaftes Verlangen, möchte ich sagen, uns zuzumuthen, das Gesetz en bloc anzunehmen. Wir würden dann Gefahr laufen, uns eine neue Last aufzubürden, die Unzufriedenheit erregt. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. **Haußmann** (Deutsche Volkspartei): Auch ich bin der Meinung, daß wir das bürgerliche Gesetzbuch nicht ohne Weiteres en bloc annehmen dürfen. Es ist unbedingt nothwendig, daß wir in eine materielle Prüfung der Vorlage eingehen. Einzelne Fragen, wie die der Ehescheidung, werden wir wohl im Plenum berathen müssen, die übrigen Fragen werden aber wohl besser in Kommissionen erledigt werden. In dem bürgerlichen Gesetzbuch ist auch eine scharfe Tendenz vorhanden, die richterlichen Befugnisse zu verstärken und das richterliche Ermessen außerordentlich zu erweitern. Hiergegen möchte ich mich aussprechen. Ein gutes Recht muß auch dadurch an sich gut sein, daß es nicht die Normen und Entscheidungen zu sehr dem Ermessen einzelner Personen überläßt. Unsere gegenwärtige Finanzlage erfüllt mich mit Befriedigung. Es ist jedoch wesentlich der Ruhm der Budgetkommission, daß sie in richtiger Voraussicht die Entwickelung der Dinge vorausgesehen und die Einnahmen und Ausgaben richtig behandelt hat. Allein dieser Einsicht ist es zuzuschreiben, daß wir mit den neuen Steuern verschont geblieben sind, die wir auf Grund der Irrthümer der Finanzverwaltung bewilligen sollten. Ich hoffe, daß dieser Erfolg auch diesmal ein Anreiz sein wird, den Etat vorsichtig zu prüfen. Unser Hauptaugenmerk muß darauf gerichtet sein, die Spannung zu beseitigen. Ich möchte mich ferner für die Konversion der vierprozentigen Anleihen aussprechen, die nur eine Frage der Zeit oder vielmehr des richtigen Augenblicks ist. Es kann nicht so weiter gehen, daß der Staat auf Kosten der armen Leute den Inhabern von Staatspapieren eine höhere Rente zahlt, als sie nach der Lage des Geldmarktes zu beanspruchen haben. Es wird ferner nothwendig sein, den Pensionsfonds auf ein gesundes und bürgerliches Fundament zu bringen; nachdem Bayern und Württemberg sich ihrerseits dazu bereit erklärt haben, kann auch das Reich nicht länger zurückstehen. Der Militär= und ganz besonders der Marineetat scheint mir von vornherein so aufgestellt zu sein, daß er viele Abstriche erfahren kann. Ich gebe darin dem Abg. Richter vollständig Recht, daß wir keine Flotte halten dürfen, um in ausländischen Gewässern Schlachten zu liefern. Besonders möchte ich vor einer chinesischen Missionspolitik warnen. Auch was der Abg. Richter über die Lage der Dinge in Afrika gesagt hat, ist vollständig richtig. Abg. Windhorst hat mir 1890 selbst gesagt: „Die Missionen brauchen das Militär nicht, sie werden allein viel besser mit den Negern fertig." Bei der Militär= und Civilverwaltung unserer Kolonien ist aber jetzt leider ein fortwährender Wechsel der Personen und Systeme vorhanden. (Sehr richtig! links.) Dort wechseln die leitenden Personen noch schneller als im Reiche die Reichskanzler. (Heiterkeit.) Kaum ist der schlechte Eindruck verschwunden, den der Fall Leist in der Oeffentlichkeit hervorgerufen hat, so kommt jetzt schon wieder die Anklage gegen den Assessor Wehlan. Es ist doch gerade unerhört, wie dieser Herr dort gehaust hat. Er hat Gefangene mißhandelt, er hat sie hungern und sie sogar abschlachten lassen. Wenn man so wenig geeignete Leute hat, dann soll man doch viel vorsichtiger im Kolonisiren sein. (Sehr wahr! links.) Was der Kriegsminister über die günstigen Erfolge der zweijährigen Dienstzeit gesagt hat, ist eine freudige Genugthuung für uns, die wir entgegen dem früheren Gutachten der kommandirenden Generäle stets für die zweijährige Dienstzeit eingetreten sind. Höchst peinlich war es, wie leichthin der Kriegsminister von seiner verantwortlichen Stellung aus von einem Probiren der Erfahrungen mit der zweijährigen Dienstzeit durch einen großen Krieg gesprochen hat. Auch haben mich seine Ausführungen über die vierten Bataillone wenig befriedigt. Er sagt freilich, daß diese Einrichtung bis zum 1. April 1899 festgelegt sei. Leider ist die zweijährige Dienstzeit nicht durch Gesetz festgelegt, sodaß wir nicht wissen, was uns bevorsteht. Daraus, daß die Militärstrafprozeßordnung jetzt endlich nach 25 Jahren zum Abschluß gelangt ist, kann man keinen Schluß ziehen auf den guten Willen, der vorhanden ist, überhaupt etwas zu vollbringen. Ich muß ferner meinem Bedauern Ausdruck geben über die Form, in welcher gestern der Kriegsminister einen Theil seiner Ausführungen und seiner Polemik glaubte kleiden zu dürfen. Ausdrücke, wie „Schamlosigkeit", „Niedertracht", „sozialdemokratische Schmierfinken mit ihren in die Gosse getauchten Federn" können wohl den Beifall der Offizierskasinos finden, oder als Blüthen auf den Kasernenhöfen gelten, gehören aber nicht in dieses Haus. (Sehr wahr! links.) Ein solcher Ton degradirt den guten Geschmack und setzt das Niveau dieses Hauses herab.

Vizepräsident **Spahn:** Ich halte den Ausdruck, daß die Worte des Kriegsministers den guten Geschmack des Hauses herabgedrückt haben, nicht für zulässig.

Abg. **Haußmann** (fortfahrend): Man sollte mit gutem Beispiel vorangehen und sich an hohen und höchsten Stellen derartiger scharfer Ausdrücke enthalten. Beifall links.) Der Kriegsminister hat den Ausdruck „Schmierfink" schon einmal hier im Reichstag gebraucht und da ist es doch gewiß ein großer taktischer Fehler, daß er nach Spatzen und Schmierfinken mit Kanonen schießen will. (Sehr gut! links.) Wozu soll denn gegen Aeußerungen, die der Kriegsminister selbst als Aeußerungen eines Schmierfinken bezeichnet, erst eine große politische Aktion eingeleitet werden? Die auswärtige Politik läßt besonders in Ostasien sehr viel zu wünschen übrig. Diese Politik erweckt den Anschein, als ob wir die Geschäfte Rußlands besorgen. In der türkischen Verwickelung scheint die Regierung eine glücklichere Hand zu haben als bei China und Japan. Das deutsche Ansehen und die Kultur kann sicher nichts dadurch gewinnen, daß an Stelle des türkischen der russische Einfluß sich Bahn bricht. Dort haben wir keine einheitliche Regierung sondern es herrscht die Laune eines Großherrn, der sich im Serail eingeschlossen hat, umgeben von einer Hofkamarilla und von seinen „Stumeen." (Große Heiterkeit.) Noch größer ist das Interesse der öffentlichen Meinung an unserer inneren politischen Lage. Da sind nur zwei Resultate zu verzeichnen, Das Fiasko der Finanzreform und das Fiasko der Umsturzpolitik. Die Regierung zeichnet sich gegenwärtig durch große Schwäche aus, wofür auch wieder die Ereignisse der letzten Wochen Zeugnisse ablegen. Ich gehöre gewiß zu denen, die Herrn v. Köller ruhig scheiden, ruhig gehen sehen. Seiner Blätter stilles Weinen kann ich nicht verstehen. (Heiterkeit.) Aus welchen Gründen Herr v. Köller nicht gegangen ist, hat uns der Reichskanzler gesagt. Er hat aber verschwiegen, aus welchen Gründen er gegangen ist. Herr von Köller ist gegangen, ohne einen seiner Gegner mit nach Walhalla zu nehmen. [Große Heiterkeit.] Die in den letzten Monaten gegen die Sozialdemokratie eingeleitete Politik, die wir für das Ergebniß eines vorübergehenden Aufwallens gehalten haben, zeugt von großer Kurzsichtigkeit der Regierung. Durch strafferes Anziehen der Zügel kann man nicht politische Zustände überwinden, die die Produkte politischer und wirthschaftlicher Verhältnisse sind. Man stärkt die Sozialdemokratie nur in dem Gefühl der Selbstüberhebung, wovon sie ja häufig Proben abgiebt, dadurch daß man sie seit Jahren zum Mittelpunkt der ganzen Reichspolitik macht. (Sehr wahr! links.) Die Worte des Reichskanzlers, daß die bestehenden Gesetze gegen die Sozialdemokratie scharf zur Anwendung kommen müssen, in Verbindung mit den gehäuften Majestätsbeleidigungsprozessen der letzten Zeit sind ein Beweis dafür, daß alle diese Prozesse Tendenzprozesse sind. Hat denn die Reichsregierung in 25 Jahren noch nicht gelernt, daß alle Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie nur zur Stärkung dieser Partei beitragen? Die Herren, die aus dem Gefängniß zurückkommen, werden von ihren Genossen empfangen, als wenn sie einen hohen Orden mit Eichenlaub und Schwertern bekommen hätten. (Beifall und große Heiterkeit). Wenn es früher nicht so viele Majestätsbeleidigungsprozesse gab, so liegt das daran, daß man in früheren Zeiten glaubte, die öffentlichen Kundgebungen gingen von Rathgebern der Krone aus und in Folge dessen die Kritik sich an diese hielt. Es ist bedenklich, daß solche Aeußerungen heute nicht mehr durch ministerielle Verantwortlichkeit gedeckt sind. Und nun bringen Sie mit dem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie das Vorgehen gegen den Delinquenten Hammerstein in Verbindung! Wir sind gerecht genug, anzuerkennen, daß eine Partei nicht verantwortlich gemacht werden kann für die That eines einzelnen, aber im Volke fühlt man zum Theil anders. Man verlangt Gerechtigkeit von der Justiz, und wenn man sieht, daß die Justiz in andern Fällen mit starker Hand zugreift, so kommt man zu der Meinung, daß die Justiz keine Binde mehr vor den Augen hat und daß sie auf die Person sieht. (Sehr gut! links.) Das Gefühl der Gerechtigkeit aber muß aufrecht erhalten werden, wenn wir etwas erreichen wollen. In seinem eigenen Interesse warne ich den Reichskanzler, sich nicht zu sehr auf die sogenannten „weiten Kreise der Bevölkerung" zu stützen. Er hat das auch bei der Umsturzvorlage gethan und mußte später sehen, die weiten Kreise, auf die wir uns gestützt und die so lange nach der Umsturzvorlage geschrieen haben, sind weg (Heiterkeit); die weiten Kreise sind die oberen Zehntausend, die die Regierung durch unbedachtes Geschrei in eine falsche Politik hineindrängen und nachher die Verantwortung auf die Regierung abwälzen. Die heutigen Zustände sind zum Theil eine Folge des Umstandes, daß jahrelang kein Programm in der Regierung vorhanden war. Wenn man heute etwas liberal, morgen wieder etwas konservativ arbeitet, so kommt man schließlich zu dem die Regierung kennzeichnenden Zickzackkurs. Es ist ein höchst gefährliches Symptom, wenn sogar so erfahrene Politiker wie Herr v. Kardorff es hier aussprechen, daß ein Ministerium gegen das andere hetzt, wenn auch der Reichskanzler erklärt, daß es nicht wahr ist. Mit Recht kann man die heutigen Zustände mit denen im Jahre 1789 in Frankreich vergleichen. Wie damals Hof und Adel an der Verwicklung schuld waren, so kann man auch heute in Deutschland über das Schwinden der Autorität in den oberen Klassen klagen. Haben wir es doch erlebt, daß der königliche Baurath Schwechten den höchsten Schimpf in einem öffentlichen Bauwerk gegen die Obrigkeit zu richten wagte, und haben wir doch alle den vor kurzem veröffentlichten Brief des Hofpredigers Stöcker kennen gelernt, in dem er von dem berühmten Scheiterhaufen spricht! Da müssen wir doch sagen: Wie soll ich die Knechte loben, denn das Aergerniß kommt von oben! (Lebhafter Beifall links.) Diese Beispiele sind weit schlimmer als alle Majestätsbeleidigungen, als alle Aeußerungen Verrückter oder Betrunkener. Ich will hier nicht an jene hochverrätherische Schaar von Menschen erinnern, die einen Verfassungsbruch durch Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts herbeiführen wollen. Die Fürsten haben einen Bund geschlossen, um das ewige Recht zu schützen, und damit ist es nicht zu vereinen, wenn das einzige Volksrecht, das wir noch haben, das allgemeine Wahlrecht uns entrissen wird. Es ist traurig, daß man versucht, uns das einzige Mittel zu nehmen, welches im Stande ist, die Bewegung auf gesetzliche Wege zu leiten. Es wäre dem Ansehen der Regierung schädlich, wenn die Auffassung bestehen bleibt, daß auf das Gehen oder Kommen von höchsten Beamten und vom Reichskanzler ein Zufall Einfluß hat. Wenn wir hören, wie Graf Caprivi das ganze Ministerium und alle Vertreter der einzelnen Bundesstaaten hinter sich hatte und nach ein paar Tagen doch nicht mehr Kanzler war und wenn man jetzt wieder gehört hat, wie große Blätter von der Rechten mit der Möglichkeit rechneten, daß plötzlich der Reichskanzler, der heute in diesem Hause nicht anwesend ist, aber doch anwesend sein könnte (Heiterkeit), nicht mehr sein könnte, so müssen wir sagen: „Hirtenknabe, Hirtenknabe, dir auch singet man einmal." Möge das Vertrauen in die Einheitlichkeit der Regierung gestärkt werden! Uns thut eine einheitliche und starke Regierung noth, einheitlich durch ein echt liberales Programm und stark dadurch, daß sie sich auf die erwerbenden bürgerlichen Volksklassen stützt. Noch heute können wir uns retten durch ein Programm, auf welchem steht: nicht der Einzelwille, nicht der Sonderwille, sondern der nationale Wille soll entscheidend sein. (Beifall links.)

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall:** Der Vorredner hat über den früheren Assessor Wehlan ein ganz schonungsloses Urtheil gefällt, obgleich das Strafverfahren noch gar nicht abgeschlossen ist, und obgleich das Gericht noch gar kein Urtheil gefällt hat. Ich kann es nur lebhaft bedauern, daß ein Mitglied des Hauses und noch dazu ein Jurist einen Angeklagten verurtheilt hat, ehe das Strafverfahren abgeschlossen ist. (Sehr richtig, rechts). Er hat sich damit in Widerspruch mit einem fundamentalen Grundsatz von Recht und Gerechtigkeit gesetzt, und er wäre darnach am allerwenigsten berechtigt, mit so sittlicher Entrüstung über angeblich tendenziöse Handhabung der Gesetze zu urtheilen. (Beifall rechts).

Justizminister **Schönstedt:** Es ist heute und auch bereits gestern von einer tendenziösen Handhabung der Justiz gesprochen worden. Ich habe keine Veranlassung gehabt, diesen Bemerkungen entgegenzutreten, weil diese Beschuldigung in keiner Weise sich auf Thatsachen gestützt hat. (Oho! links.) Ich wenigstens habe keine Thatsachen gehört, die zur Begründung dienen konnten. (Lachen links.) Heute aber hat der Abg. Haußmann angenommen, daß die Rechtspflege eine tendenziöse sei, weil der Reichskanzler eine straffere Handhabung der Gesetze in Aussicht gestellt hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wie dies gleichbedeutend sein soll mit einer tendenziösen Handhabung der Gesetze, vermag ich im Augenblick nicht einzusehen. Zur Begründung derartiger Beschuldigungen ist auf die wachsende Zunahme der Majestätsbeleidigungsprozesse hingewiesen worden, die in den letzten Monaten die deutschen Gerichte beschäftigt haben. Ich bedaure diese Thatsache, sie kann auch von Niemand lebhafter

empfunden werden, als von den Staatsanwälten. (Unruhe und Widerspruch links.) Aber wie liegt denn die Sache? Woher kommen aber diese Majestätsbeleidigungsprozesse? Sie kommen doch aus der großen Zahl von Majestätsbeleidigungen, die in der letzten Zeit besonders von der sozialdemokratischen Presse, den „Vorwärts“ an der Spitze, und in sozialdemokratischen Versammlungen begangen worden sind. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nur dadurch wurde das Einschreiten der Gerichte veranlaßt. (Abg. Liebknecht ruft: Das glauben Sie ja selbst nicht.) Wie Sie sich erinnern, hat die ganze nationale Presse mit Entrüstung sich aufgebäumt über die Sprache, welche die Sozialdemokraten führten, und ein Blatt der Centrumspartei, die „Germania“, schrieb damals, in Frankreich würden derartige Artikel nicht geschrieben werden können, ohne daß der Verfasser sich der Gefahr aussetzte, gelyncht zu werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben keine Lynchjustiz und wir wollen keine haben, aber deshalb gerade ist es Aufgabe der Justiz, einzuschreiten, wenn solche Strafthaten vorkommen, und die Thäter zur Verantwortung zu ziehen. Wenn Sie das aber Tendenzprozesse nennen wollen, so ist dies eine Tendenz, die von dem ganzen deutschen Volke oder der überwiegenden Mehrheit als eine richtige angesehen wird. (Beifall rechts, Unruhe links.) Sollen sich die Behörden ruhig verhalten gegenüber solchen Ausfällen? (Ruf links: dolus eventualis!) Mit dem dolus eventualis wird recht viel Unfug getrieben (Zustimmung links), besonders in der Presse. Es ist noch nicht lange her, da hätte man, wenn man die Zeitungen liest, glauben können, der dolus eventualis sei ein ganz neu erfundener Begriff, und nur erfunden, um der Sozialdemokratie zu Leibe zu gehen. Wie die ältesten Juristen unter Ihnen sich wohl noch von ihren Hörsälen her erinnern, ist aber der dolus eventualis ein altes Inventar der Strafrechtswissenschaft, weil er sich mit logischer Nothwendigkeit ergiebt aus der Natur der Dinge. Deshalb giebt es auch kein Gesetz, das ihn aus der Welt schaffen kann. Der dolus eventualis gehört zur Lehre vom strafbaren Vorsatz und besagt weiter nichts, als daß eine Handlung als vorsätzlich begangen und deshalb als zu verantworten auch dann angesehen werden soll, wenn sie nicht unmittelbar direkt vom Thäter gewollt, aber als möglich in den Kreis seiner Erwägungen gezogen ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist ja der reine Humbug!) Wenn trotzdem der dolus eventualis vielfach in Anwendung gekommen ist, wo er anfechtbar sein mag, so halte ich das für bedauerlich. Vielfach ist aber der dolus eventualis in Anwendung gebracht worden, wo man ihn gar nicht bedurfte. Was nun die Majestätsbeleidigungen anlangt, so kann man zwei Kategorien unterscheiden. Die einen sind unüberlegt hingeworfene Worte, vielfach von ungebildeten Leuten, die der großen Tragweite ihrer Worte sich nicht voll bewußt sind. Ich halte es für dringend wünschenswerth, daß nicht alle solche Aeußerungen zur Kenntniß der Behörde gebracht werden. Es entsteht seitens unberufener und böswilliger Leute mancher Unfug dadurch, die Staatsanwälte werden aber, wenn ihnen solche Aeußerungen bekannt werden, in die zwingende Nothwendigkeit versetzt, einzuschreiten. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß in zahlreichen solchen Fällen, in einer Höhe, von der Sie gar keine Ahnung haben, das allerhöchste Gnadenrecht in Anwendung kommt. Die zweite Art der Majestätsbeleidigungen sind diejenigen, die in besonders hohem Grade von der sozialdemokratischen Partei ausgegangen sind. Da handelt es sich nicht um unüberlegt hingeworfene Aeußerungen. Im Gegentheil, mit der größten Vorsicht ist jedes Wort erwogen nicht in der Absicht, eine Majestätsbeleidigung zu vermeiden, nein, in der bestimmten Absicht, das Ansehen der Monarchie und des Monarchen zu beschimpfen und die heiligsten Gefühle zu verletzen, aber in dem Bestreben, sich so auszudrücken, daß der Staatsanwalt nicht unmittelbar einschreiten kann. Daraus ergiebt sich die Pflicht der Behörden, mit großer Vorsicht diese Dinge zu prüfen und nachzusehen, ob es den Herren wirklich gelungen ist, nur die strafbare Grenze zu streifen, oder ob sie darüber hinausgegangen sind. Darüber sind allerdings die Ansichten der Zeitungsschreiber und der Vertreter der Regierung aus einander, und wenn dann ein Urtheil gegen den Angeklagten ergeht, so heißt es: Das sei Klassen- und Tendenzjustiz. Wir haben aber keine Tendenzjustiz in Deutschland und ich kann Ihnen versichern, daß die Behörden sich durch solche Angriffe von Zeitungen von ihrer Entscheidung nicht abhalten lassen werden, auch ferner gesetzmäßig ihre Pflicht zu thun. (Beifall rechts.)

Zweiter Vizepräsident **Spahn**: Der Abg. Liebknecht hat dem Minister zugerufen: „Das glauben Sie ja selber nicht.“ Ich muß diese Aeußerung als unzuläßig rügen.

Abg. **Leuschner** (Rpt.) sucht die Angriffe zu widerlegen, die gegen den Bimetallismus erhoben seien. Besonderen Tadel verdiene es, daß der Abg. Barth von dem Unfug der Bimetallisten gesprochen habe. Der Schutz der nationalen Arbeit sei vor allen Dingen von Nöthen, und zu den Feinden der nationalen Arbeit gehöre auch die Goldwährung.

Abg. **Bebel** (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Haußmann, der sich in scharfer Weise gegen die Beschimpfungen der Sozialdemokraten gewandt hat, entheben mich der Aufgabe, dem Herrn Kriegsminister zu antworten. Dem Herrn Justizminister möchte ich jedoch erwidern, daß er den Reichskanzler gründlich mißverstanden hat. Denn der Reichskanzler hat 24 Stunden nach der Rede des Herrn von Kardorff, der eine schärfere Bekämpfung der Sozialdemokraten forderte, eine schärfere Handhabung der Gesetze verheißen. Wenn das keine tendenziöse Handhabung der Gesetzgebung ist, dann giebt es eben keine! Die Regierung hat sich aber schon so diskreditirt, daß sie es kaum noch mehr kann. Wenn sie sich aber noch mehr diskreditiren will, ich habe nichts dagegen. Man vergißt aber ganz, wenn man uns angreift und bekämpft, daß wir in der rücksichtslosesten Weise zur Selbsthilfe provozirt worden sind. (Zuruf rechts: Unverschämt!) Ich glaube, daß es vor allen Dingen die Aufgabe der verantwortlichen Minister ist, ihren Herrn darauf aufmerksam zu machen, daß nur aus den maßlosen Beschimpfungen der Sozialdemokratie diejenigen Unzuträglichkeiten sich ergeben, die der Justizminister beklagt. Ich muß es aufs Entschiedenste zurückweisen, daß die Sozialdemokraten absichtlich darauf ausgehen, Majestätsbeleidigungen zu begehen. Seien Sie doch nicht so thöricht, zu glauben, es macht uns Spaß, monatelang ins Gefängniß zu gehen, das macht kein Vergnügen. Bei manchen Majestätsbeleidigungsprozessen ist die Tendenz nicht blos in den Urtheilen, sondern bereits in der Anklage vorhanden. Es hat in weiten Kreisen Deutschlands peinliches Aufsehen erregt, daß Angeklagte, deren Handlungen ganz klar liegen, die gar nicht auf eine Flucht ausgehen, trotzdem viele Monate lang wegen eines kleinen Vergehens in Untersuchungshaft gehalten werden, Andere aber, wie Herrn v. Hammerstein, hat man entkommen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat ihm Zeit gegeben, zu Schiff ins Ausland zu eilen. Die Staatsanwälte haben zweierlei Ohren, eins für die Sozialdemokraten, eins für andere Leute. Wenn ein Sozialdemokrat sich nur wenig vergeht, wird er sofort festgenommen, aber freilich, einen Vertreter für Recht, Ordnung, Sitte und Religion läßt man entwischen (Unruhe rechts.) Da sorgt der Staatsanwalt, daß eine so famose Stütze der heutigen Ordnung ausreißen kann. (Zustimmung links.) Wenn der Justizminister sagt: der dolus eventualis ist ein alter Begriff, so möchte ich erwidern, daß die Anwendung des dolus eventualis erst jetzt gewachsen ist, und zugleich mit der Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse in immer zahlreicheren Fällen angewendet wird. Das ist eine Kalamität unserer Rechtspflege. (Zustimmung.) Neulich haben wir gerade von der rechten Seite ein ungewohntes freundliches Entgegenkommen gefunden. Es sollen eben gewisse Briefe von hohen konservativen Herren vorhanden sein, in denen schöne fulminante Majestätsbeleidigungen vorhanden sind, wie sie kein Sozialdemokrat in der Oeffenlichkeit zu machen wagt. Hieraus ergiebt sich, daß bei den konservativen Herren das Bedürfniß besteht, wenigstens im Geheimen Majestätsbeleidigungen zu begehen. (Zuruf rechts: Heraus damit!) Ich habe die Briefe nicht und berufe mich nur auf eine sehr zuverlässige Mittheilung, die mir gemacht ist. Der Abg. Enneccerus hat gestern den Reichsgerichtsrath Stenglein in Schutz genommen. Ich habe daraufhin den betr. Artikel noch einmal durchgelesen, und kann kein Wort von dem, was ich gesagt habe, zurücknehmen. Der Artikel führt aus, daß man bei negativen Bestrebungen die Objektivität verlassen und nach subjektiven Grundsätzen urtheilen müsse. Wenn das keine Tendenz ist, dann weiß ich nicht, was eine Tendenz ist. Das Endresultat ist, daß jeder Angehörige einer mißliebigen Partei bestraft, jeder andere freigesprochen werden soll. Ich habe hier auch ein Urtheil der Brausewetterkammer, in dem derselbe Grandsatz zum Ausdruck kommt.

Justizminister **Schönstedt**: Herr Bebel hat schon gestern einen Versuch gemacht, zu beweisen, die Ausschreitungen der Sozialdemokraten seien provozirt worden: die Sozialdemokraten seien von hoher Stelle beschimpft worden und hätten sich lediglich in der Abwehr befunden. Dieser Versuch ist garnicht so ungeschickt, es ist nur schade, daß es den Thatsachen völlig widerspricht. Wie Sie sich erinnern, waren jene wiederholt hier erwähnten Aeußerungen gefallen, nachdem die Sozialdemokraten in der unerhörtesten Weise das Andenken an Kaiser Wilhelm I. beschimpft hatten. Die Sozialdemokraten selbst haben ja eingesehen, daß sie etwas zu weit gegangen sind, und haben deshalb einem ihrer hervorragenden Führer, der gemäßigter ist wie die anderen, die Aufgabe gestellt, die Sache gewissermaßen wieder ins Geleise zu bringen und in öffentlichen Volksversammlungen abzuwiegeln. Ich muß nochmals bestreiten, daß die Gerichte bei der Verurtheilung auf den politischen Standpunkt der Angeklagten Rücksicht genommen haben. Es ist jedoch ein alter juristischer Grundsatz: si duo faciunt idem non est idem. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Es kann deshalb im Munde eines Einzelnen eine ganz andere Bedeutung haben, wie im Munde eines Anderen. (Lachen links.) Die Gerichte müssen sich fragen: Was sind die Absicht und Tendenz des Mannes und wohin will er hinaus? (Lachen links.) Und da müssen es sich die Herren eben gefallen lassen, daß die Gerichte zurückblicken auf die Darlegungen in der Presse und in Versammlungen dieser Partei. Sie muß ferner berücksichtigen, was die Ziele der Partei sind, der der Angeklagte angehört. Dann ist der Staatsanwaltschaft der Vorwurf gemacht worden, daß sie einem vornehmen Herrn, dessen Name hier schon genannt ist, und den ich deshalb nicht noch einmal nennen will, Gelegenheit gegeben hat, die Flucht zu ergreifen. Wenn der Abg. Bebel die Thatsache kennte, so würde er so etwas nicht behauptet haben. Die Staatsanwaltschaft ist eingeschritten sofort, nachdem ihr irgend glaubhafte Beweise für die Schuld des Herrn mitgetheilt worden sind. (Lachen links.) Ich könnte Ihnen die aktenmäßigen Beweise hierfür vorlegen, wenn ich wollte. Ich beanspruche jedoch, daß Sie meinen Worten unbedingt glauben. Es wurde gegen Herrn v. Hammerstein der Vorwurf erhoben, er hätte durch betrügerische Manipulationen das „Kreuzztgs.“-Komitee geschädigt. v. Hammerstein hat in Folge dessen gegen die Verbreiter dieser Nachricht die Klage wegen verleumderischer Beleidigung angestrengt, und auch die angeblich Geschädigten, das Komitee der Kreuzzeitung, trat gegen diese Beschuldigung auf. Ich möchte den Staatsanwalt sehen, der unter solchen Umständen gegen Herrn v. Hammerstein hätte einschreiten können. An dem Tage, als öffentlich bekannt wurde, daß Herr von Hammerstein beurlaubt und von seinem Amte suspendirt ist, ist die Staatsanwaltschaft eingeschritten, ohne eine Anzeige abzuwarten. Ich stehe dafür ein, daß die Staatsanwaltschaft ihre volle Schuldigkeit gethan hat, daß sie mit aller Energie vorgegangen ist. Wenn es ihr nicht gelungen ist, den Schuldigen zu fassen, so liegt das nicht an einem Mangel von Aufmerksamkeit. Was den Fall Stenglein betrifft, so gereicht es mir zur Befriedigung, daß der Abg. Bebel gegen die Rechtsprechung des Reichsgerichts keine anderen Gründe vorzubringen wußte, als die literarische Aeußerung eines Reichsgerichtsraths. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Enneccerus** (natl.) betont gegenüber den Ausführungen des Abg. Bebel, daß die Beschuldigungen gegen den Reichsgerichtsrath Stenglein unbegründet sind. Herr Bebel hätte eingestehen sollen, daß er sich von seinem Eifer hat hinreißen lassen; statt dessen hat er heute die gestrigen Beschuldigungen wiederholt. In dem betreffenden Artikel der „Zukunft“ steht nichts dem ähnliches, was Bebel gesagt hat. Die Frage des dolus eventualis ist eine rein wissenschaftliche Theorie, die auf das Urtheil nicht den geringsten Einfluß hat.

Abg. Freiherr **v. Stumm** (Rpt.): Die Sozialdemokratie als solche ist die geborene Majestätsbeleidigung (Lachen bei den Sozialdemokraten); es muß deshalb strenger vorgegangen werden, als wenn irgend ein dummer Mensch einmal eine Majestätsbeleidigung ausspricht. Wo hat jemals die Sozialdemokratie Vaterlandsliebe bewiesen? Hat denn der Abgeordnete Bebel, der gestern die Sozialdemokratie als ein Lämmlein, weiß wie Schnee, hinstellte, vergessen, daß er der internationalen Sozialdemokratie angehört? Gerade Engels hat ja die Pariser Kommune vertheidigt, die doch die rothe, blutige Revolution bedeutet. (Langgezogene Hu!-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Es ist also nicht zutreffend, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) sich immer so harmlos hinstellen und alle gegen Sie angeführten Citate anderen in die Schuhe schieben. Die Sozialdemokratie kann nicht verlangen, daß sie wie andere Parteien behandelt wird und daß wir milde gegen sie vorgehen, während sie darnach trachtet, uns heimathlos zu machen. Den Vorwurf, daß wir die Verfassung stürzen, gebe ich Ihnen zurück, die Sie entgegen der klaren Bestimmung der Verfassung private Diäten beziehen. Wenn der Reichskanzler erklärt hat, daß er kein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie einbringen wird, so ist es um so mehr geboten, daß die bestehenden Gesetze schärfer gehandhabt werden. Herr von Köller hat diese Praxis zuerst eingeführt, jedermann muß ihm Dank wissen, und hoffentlich wird sein Nachfolger in demselben Sinne vorgehen. (Beifall rechts.)

Reichskanzler **Fürst von Hohenlohe**: Der Abg. Bebel hat gestern erklärt, daß die von mir zitirten Aeußerungen nicht von Sozialdemokraten, sondern von dem russischen Anarchisten Bakunin stammen. Zum Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung lese ich Ihnen folgende Worte aus einer von dem Abg. Liebknecht am 22. Oktober 1871 in einer Volksversammlung gehaltenen Rede vor: „Das Wort Vaterland, das ihr im Munde führt, hat für uns keinen Zauber, Vaterland in eurem Munde ist uns ein überwundener Standpunkt, ein reaktionärer Begriff.“ (Hört, hört! rechts). Der Name Bakunin war hier nicht erwähnt. Ich habe in meiner durch den Abg. v. Kardorff veranlaßten Rede davon gesprochen, welche Ursachen zu einem schärferen Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen geführt haben. Wenn an einer bestimmten Stelle Aeußerungen der Entrüstung über das Gebahren der sozialdemokratischen Partei in diesem Sommer gefallen sind, so sind diese Aeußerungen berechtigt und ich würde mich hüten, dem Rathe des Abg. Bebel zu folgen und die betr. Stelle abzuhalten, ihrer Entrüstung in kräftiger Weise auch in Zukunft Ausdruck zu geben. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. **v. Manteuffel**: Die Drohung des Abg. Bebel wird uns nicht abhalten, die Stellung, die wir bei Majestätsbeleidigungs-Prozessen eingenommen haben, auch fernerhin einzunehmen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit erklären, daß durch die Presse eine Aeußerung gegangen ist, wonach die Konservativen bei der Abstimmung über die Aussetzung des Strafverfahrens gegen den Abg. Liebknecht nicht sitzen geblieben sind. Diese Auffassung ist eine irrthümliche. Daran waren unliebsame Bemerkungen geknüpft und gesagt, die Konservativen hatten Furcht vor der Veröffentlichung der bekannten Briefe. Die Verwerthung von Privatbriefen, die auf irgend eine dunkle Art in die Hände von politischen Gegnern gelangt sind, halte ich unter allen Umständen für unanständig. Bloße Drohungen sind stets lächerlich oder ordinär, also heraus mit den Briefen. (Beifall rechts.)

Abg. **Liebknecht** (Soz.): In der von dem Reichskanzler verlesenen Broschüre heißt es wörtlich: „Das Vaterland in „euerem“ Sinne ist uns ein reaktionärer Begriff.“ Mit dem Worte Vaterland ist in der Broschüre das Vaterland der Hammerstein (Lachen rechts), der Stumm und wie die Herren alle heißen, gemeint, der Leute, welche immer dann von Anarchismus reden, wenn sie ein Attentat auf die Freiheit des Vaterlandes im Sinne haben. Wir wollen ein freies Vaterland, werth, daß es von freien Menschen bewohnt wird. Im übrigen ist die von dem obersten Beamten des Reiches beliebte Kampfesweise recht charakteristisch für die Art, wie man gegen die Sozialdemokratie vorgeht. Freiherr von Manteuffel ist nicht berechtigt, davon zu reden, daß Briefe auf unanständige Weise in Besitz des „Vorwärts“ gekommen sind. (Zuruf des Freiherrn v. Manteuffel: Das habe ich nicht gesagt!) Herr v. Manteuffel scheint die Redaktion des „Vorwärts“ mit der „Neuen Preußischen (Kreuz) Ztg.“ zu verwechseln, die in früheren Jahren Privatbriefe auf eine viel unanständigere Weise bekommen und veröffentlicht hat. Wir hingegen haben unsere Briefe in anständiger Weise bekommen und werden nicht zögern, sie einst rückhaltslos der Oeffentlichkeit zu übergeben, wenn es nothwendig wird.

Abg. **Bebel**: Mit dem Abg. Enneccerus werde ich mich wohl nie einigen, ich verzichte deshalb, weiter auf die Angelegenheit Stenglein einzugehen. Mein Freund Liebknecht hat mit Recht an die Kreuzzeitung erinnert, für das, was dort in den 50er Jahren passirt ist, giebt es kein Beispiel. Dem Reichskanzler bin ich dankbar, daß er gesagt hat, er würde sich hüten, der betreffenden Stelle abzurathen, ihrer kräftigen Entrüstung gegen die Sozialdemokratie Ausdruck zu geben. Es ist immer gut, wenn man klar sieht. Lassen Sie es ruhig so weiter gehen! Uns schaden Sie dadurch nicht; Sie können wohl durch hohe Geldstrafen eine Anzahl von Parteigenossen materiell zu Grunde richten, aber der große Kampf geht ruhig weiter. Ich bedauere es lebhaft, daß Herr v. Stumm noch nicht Reichskanzler ist. Es zu werden, ist ja nicht so schwer, aber er wird dann sicher so schnell wieder gestürzt. Wenn Herr v. Stumm Herrn v. Köller für sein schneidiges Auftreten dankbar ist, so wissen auch wir uns frei von jeder Feindschaft gegen diesen Herrn. Gerade Leute wie Herr v. Köller sind unsere besten Helfershelfer. Auch die Entdeckung des Herrn v. Stumm, daß wir eigentlich zu Unrecht hier sitzen, weil wir Diäten beziehen, ist nicht neu. Herr v. Stumm, der sich ja bekanntlich rühmt, der Thätigkeit der Sozialdemokratie nachzugehen (Zuruf des Frhrn. v. Stumm: „Das ist ja langweilig!“ Abg. Singer ruft: „Sie träumen ja Nachts von der Sozialdemokratie!“), sollte doch wissen, daß schon Fürst Bismarck mehrere Abgeordnete des Reichstages auf Herausgabe der Diäten verklagt und dann durch Gerichtsbeschluß ca. 300 000 Mark aus der sozialdemokratischen Kasse herausgenommen sind. Aber das hat uns nichts geschadet. Wenn Mitglieder anderer Parteien, z. B. die des Herrn Stumm, Geld gebrauchen, so sind wir bereit auch dort auszuhelfen. Ich habe mich nie als harmloser Mensch hingestellt; ja, ich würde mich schämen, wenn mich jemand als harmloser Mensch bezeichnen würde. Aber wir lassen uns nicht gefallen, daß man fortgesetzt Anklagen gegen uns erhebt, die keinen thatsächlichen Untergrund haben. Die Behauptung, daß wir vaterlandslos sind, ist nicht richtig. Allerdings ein Vaterland in Ihrem (nach rechts) Sinne haben wir ebenso wenig, wie die ersten Christen ein Vaterland hatten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle Menschen Brüder sein sollen, aber selbst dann, wenn die internationale Verbrüderung vor sich gegangen ist, werden die Nationen doch noch fortbestehen.

Abg. Frhr. **v. Stumm**: Herr Bebel sollte sich doch hüten, seine Partei als hilfsbereit hinzustellen. Erst dieser Tage ist mir versichert worden, daß zur Armenpflege in Berlin alle politischen Parteien Zuschüsse leisteten, nur nicht die Sozialdemokratie. Wenn Herr Singer meint, ich könnte aus Angst vor der Sozialdemokratie nicht schlafen, so ist er sehr falsch unterrichtet; ich stehe auf demselben Standpunkt wie früher und mache deshalb, wenn Herr Bebel spricht, lieber einen Spaziergang durch den Thiergarten. Die Gefahr der Sozialdemokratie beruht nur auf der schwachen Haltung der Gegner.

Abg. **Singer** (Soz.): Bezüglich der Armenpflege hat sich Herr v. Stumm ein Märchen aufbinden lassen. Er hat freilich so viel mit der Regierung in seinem „Reiche“ zu thun, daß er sich um Verwaltungsangelegenheiten anderer Bezirke nicht kümmern kann. (Heiterkeit.) Wäre er mit den städtischen Verhältnissen vertraut, so würde er wissen, daß es absolut unmöglich ist, daß die städtische Armenkasse in Beziehung zu politischen Parteien tritt. Herr v. Stumm hat sich ein Märchen aufbinden lassen und ich weiß nicht, wer naiver ist: derjenige, der ihm das Märchen aufgebunden hat, oder derjenige, der es ihm glaubt. Es existirt keine andere Partei, die so opferwillig ist, wie die Sozialdemokraten. Zum Beweis dafür führe ich an, daß wir dem armen schlesischen Weber, dem, weil er ein Sozialdemokrat ist, eine staatliche Unterstützung versagt worden ist, diese Unterstützung bereitwilligst aus unserer Kasse gewährt haben. Ich erinnere an das aufopferungsvolle Verhalten unserer Genossen in Hamburg zur Cholerazeit, wo die Parteigenossen des Hrn. v. Stumm feige ausrissen.

Abg. Frhr. **v. Stumm**: Ich habe nicht gesagt, daß die sozialdemokratische Parteikasse nichts für die Armenpflege giebt, sondern daß die Anhänger der sozialdemokratischen Partei weniger hierfür zu haben sind als die anderer Parteien.

Abg. **Vielhaben** (Antisemit) bestreitet, daß bei der Choleragefahr in Hamburg in erster Linie die Sozialdemokraten Hilfe geleistet hätten, im Gegentheil, die Sozialdemokraten hätten sogar versucht, die Arbeiter unter Hinweis auf die Unterstützung von der Arbeit abzuhalten.

Abg. **Frohme** (Soz.) betont, daß zur Zeit der Cholera die amtlichen Organe Hamburgs die Opferwilligkeit der Sozialdemokraten anerkannt und sich direkt an sozialdemokratische Organisationen gewandt hätten, und fordert den Abgeordneten Vielhaben auf, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen.

Hierauf schließt die Etatsdebatte. Auf Antrag von Abgeordneten aller Parteien werden in üblicher Weise die wichtigsten Theile des Etats der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Gesetzentwurf, betreffend Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und betr. die Konsumvereine.)

Schluß der Sitzung 5¼ Uhr.

Deutschland.

☐ **Berlin,** 12. Dez. [Erinnerungsfest des Reichstags.] Zwischen den Führern mehrerer Parteien sowie im Reichstagsvorstande sind Erörterungen darüber im Gange, wie der Reichstag die Erinnerung an 1870 würdig feiern könne, nachdem das für den 18. Januar beabsichtigte Festbanket in der Wandelhalle unmöglich geworden. Der Reichstag wird an diesem Tage der Gast des Kaisers im Schlosse sein. Es ist vorgeschlagen worden, das Banket auf den 19. Januar zu verlegen. Aber der Gedanke findet Widerspruch; Vielen mißfällt die schnelle Folge der Feste. Aussichtsreicher erscheint ein anderer Vorschlag, der gegenwärtig erwogen wird, nämlich die Erinnerungsfeier auf den Gedenktag des Frankfurter Friedens, den 10. Mai zu verlegen.

— Der Bundesrath nahm in seiner heutigen Sitzung den Antrag der zuständigen Ausschüsse zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Butter ꝛc. an. Der Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes und der Strafprozeßordnung wurde mit einigen Aenderungen ebenfalls angenommen.

— Das Staatsministerium trat heute Nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers, Fürsten zu Hohenlohe, zu einer Sitzung zusammen.

— In Berliner wohlunterrichteten Kreisen wird erwartet, der neue Minister des Innern, Herr v. d. Recke werde sich zunächst mit einer Reorganisation der offiziösen Presse befassen. — Als Nachfolger des Herrn v. d. Recke als Regierungspräsident in Düsseldorf gilt Regierungspräsident v. Bitter in Oppeln.

— Der Legationssekretär bei der bayerischen Gesandtschaft beim Quirinal Legationsrath Freiherr von und zu Guttenberg ist zur bayerischen Gesandtschaft in Berlin versetzt worden. Der interimistische bayerische Geschäftsträger in Bern Legationssekretär Freiherr von Riederer ist der bayerischen Gesandtschaft in Wien zugetheilt.

L. C. Die „Deutsche Tagesztg." berichtigt die Angabe, daß Minister von Köller eine Pension von 21 600 M. beziehe, dahin, daß die Pension „nur" 14 800 M. betrage, während das Gehalt als Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen 22 200 M. betragen habe. Ja, weshalb ist Herr von Köller nicht in Straßburg geblieben?

— Die Kommission für Arbeiterstatistik hat ihre am Dienstag begonnenen Berathungen am Mittwoch Nachmittag beendigt. Die Untersuchung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe war der erste Gegenstand. Am Schlusse der Debatte wurde dem Reichskanzler anheimgegeben, eine den Beschlüssen entsprechende Vorlage ausarbeiten zu lassen. Es wurde zur Feststellung des Berichts ein Unterausschuß eingesetzt. Man hofft, daß der Reichstag bald in die Lage kommen wird, diese Vorlage zu erhalten. Beim zweiten Punkt: Untersuchung über Arbeitszeit in Getreidemühlen, entschied man sich dafür, die Vernehmung einer Reihe von Auskunftspersonen stattfinden zu lassen.

— Gegen Stöcker war nach der „Schles. Ztg." ein Antrag an den Elferausschuß gelangt, der die Entfernung Stöckers aus dem Parteivorstand zum Ziel hatte. Der Antrag ist aus Kompetenzbedenken nicht zur Verhandlung gebracht worden, weil der Elferausschuß zu dem beantragten Schritte nicht befugt sei. — Auch der Antrag, einen allgemeinen konservativen Parteitag einzuberufen, wurde vom Elferausschuß abgelehnt. — Die konservativen Parteiführer suchen also möglichst jede klare Stellungnahme zu vermeiden.

Parlamentarische Nachrichten.

— An Stelle der bestehenden Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872 haben die Abgg. Auer und Genossen einen selbständigen Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht. In den einleitenden Bestimmungen des ersten Abschnitts, sind die §§ 3 und 4 neugestaltet worden.

— Die konservative Partei hat den vorjährigen Antrag Graf Holstein eingebracht, in Betreff der Erweiterung der Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohns zu Gunsten der Alimentations-Ansprüche der Familienmitglieder sowie der unehelichen Kinder.

Italien.

* **Rom,** 12. Dez. Ueber die Niederlage der Italiener bei Amba Aladschi liegt jetzt ein ausführlicher Bericht Baratieris vor, dem Folgendes zu entnehmen ist:

Major Toselli stand mit 2400 Askaris und Irregulären bei Amba Aladschi, 35 Kilometer südwärts von Antalo, um, auf diese starke natürliche Festung gestützt, die nach Norden führenden drei Straßen zu decken. Schon am 6. Dezember hatte Toselli seine Maßnahmen zum Empfange der unter Ras Olé von Aschangi auf der zweitgenannten Straße heranziehenden 7000 Mann starken abessinischen Vorhut getroffen. 350 Irreguläre unter dem kürzlich aus Mangaschas Gefangenschaft auf Amba Aladschi befreiten Ras Sebath und Dedschak Ali bildeten den äußersten linken Flügel; an sie schlossen sich die Kompagnien Issel und Santovetti. Am 7. Dezember früh $^1/_2$7 Uhr wurde die berittene Vorhut des Feindes sichtbar, der alsbald einen Frontangriff gegen den linken Flügel unternahm. Ras Sebath wurde umfaßt und zurückgeworfen, wodurch die Kompanien Issel und Santovetti die linke Flanke bedroht sahen und die Front verändern mußten. Während sie der unaufhaltsam vorgehenden zehnfachen Uebermacht standzuhalten suchten, erschien am Hügel Buta die 15 000 Mann starke Kolonne Mikaels und Makonnens, die unaufhaltsam aufs Centrum losrückte, obwohl das Geschützfeuer tiefe Lücken riß. Es war 9 Uhr. Toselli ließ zur Unterstützung des linken Flügels die Reserve-Kompagnie Ricci vorgehen, die dort das Gefecht zum stehen brachte, doch trafen um 1 Uhr auch die Kolonnen der Ras Alula und Mangascha ein, die den rechten Flügel heftig angriffen. Bis 11 Uhr hoffte Toselli auf das Eintreffen des Generals Arimondi, dessen Rückzugsbefehl er nicht erhalten hatte. Toselli befahl den Rückzug auf der einzigen freien Straße nach Tagora und sandte zwei Geschütze unter Manfredini auf den rechten Flügel, wo Scheich Tala zersprengt war. Die Rückzugsbewegung war auf den beschwerlichen Wegen an Felswänden und Abgründen äußerst behindert, namentlich durch die mit Verwundeten beladenen Maulthiere, während feindliche Massen immer näher drängten und ein wahres Gemetzel anrichteten. Die sudanesischen Artilleristen stürzten Geschütze und Munitionswagen mit Bespannung in den Abgrund, um sie nicht in die Feindeshände fallen zu lassen. Toselli verließ als Letzter die Höhe mit vier Offizieren und einer kleinen, völlig erschöpften Schaar, die noch beständig aus nächster Nähe beschossen und dezimirt wurde. Auf der Straße nach Antalo angelangt, befahl Toselli dem Lieutenant Bodrero, die Ueberlebenden zu sammeln und zurückzuführen, worauf er sich den Verfolgern zuwendete und mit seiner Begleitung fiel. Nur die Lieutenants Bodrero, Pagella und Bazzani langten nebst dreihundert Askaris in Adera an, wo General Arimondi den nachdrängenden Feind bis zur Nacht aufhielt, um dann nach Makalle zurückzugehen. — Danach beträgt der Verlust der Italiener 2100 Mann.

Aus dem Gerichtssaal.

ↄ **Breslau**, 12. Dez. Vor dem hiesigen Schwurgericht erschien heute die 22 jährige unverehelichte Gertrud Wagner, Tochter des hiesigen Stadtverordneten Wagner, unter der Anklage, ihr am 29. September (drei Tage vor der in Aussicht genommenen Hochzeit) geborenes Kind vorsätzlich getödtet zu haben. Die Angeklagte hatte, wie erinnerlich, heimlich geboren und unmittelbar nach der Geburt das Kind durch Stiche in den Kopf getödtet. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die Vertheidigung führte der Rechtsanwalt Dr. Berkowitz. Ehe die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wurde, ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall. Der Zuschauerraum war dicht besetzt und zwar war das schöne, in diesem Falle neugierige Geschlecht in der überwiegenden Mehrzahl. Die Damen waren zum großen Theil mit Operngläsern bewaffnet und musterten das unglückliche Opfer jugendlichen Leichtsinns. Hierauf machte der Vertheidiger den Vorsitzenden aufmerksam, der einem Schutzmann den Auftrag gab, jede Person, die ein Opernglas benutzen würde, sofort zu melden, damit sie für diese Ungehörigkeit mit einer Ordnungsstrafe belegt werden könne. — Den Geschworenen wurden Fragen nach vorsätzlicher und nach fahrlässiger Tödtung vorgelegt, die sie beide verneinten, worauf Freisprechung erfolgen mußte.

Vermischtes.

* **Aus der Reichshauptstadt,** 12. Dez. Die Kaiserin Friedrich hat der Stadtverordnetenversammlung ein Dankschreiben für die Glückwunschadresse zu ihrem Geburtstage (21. November) zugehen lassen, in welcher auch der auf dem Schlachtfelde von Wörth am Geburtstage Kaiser Friedrichs stattgehabten Feier gedacht war.

Ein eigenartiges Geschenk hat eine Berliner Kirchengemeinde dem Städtchen Podgorz (Kreis Thorn) gemacht. Sie hat nämlich ihr aus Holz erbautes, noch gut erhaltenes Gotteshaus, welches 500 Sitzplätze faßt, mit allem Zubehör der evangelischen Gemeinde zu Podgorz geschenkt. Das Gotteshaus soll in einigen Tagen abgebrochen und einem Unternehmer übergeben werden, der es dann an seinen Bestimmungsort befördern wird.

Lokales.

Posen, 13. Dezember.

n. **Weihnachtsmarkt.** Mit dem Aufstellen der Marktbuden auf dem Alten Markt ist gestern begonnen worden.

n. **Kellerdiebstähle.** Vor einigen Tagen wurden aus einem verschlossenen Keller des Hauses Bäckerstraße Nr. 5 einige Flaschen Ungarwein im Werthe von 10 Mark und aus einem anderen Keller desselben Hauses Wein im Werthe von 200 Mark gestohlen.

Aus der Provinz Posen.

F. **Gnesen,** 12. Dez. [Ergebniß der diesjährigen Volkszählung. Plötzlich gestorben.] Nach der vorläufigen Feststellung beträgt die Einwohnerzahl der hiesigen Stadt 20 482 Personen. — Heute Morgen verstarb plötzlich das Dienstmädchen Henke des Kaufmanns F. Es wurde um $7^1/_2$ Uhr in der Küche quer über dem Bett, mit dem Gesicht nach unten gekehrt, liegend vorgefunden. Der hinzugerufene Arzt konnte lediglich den vor etwa $1^1/_2$ Stunden eingetretenen Tod feststellen. Es wird Schwangerschaft als Todesursache angenommen.

p. **Kolmar i. P.,** 12. Dez. [Neue Industrie.] Der frühere Besitzer der „Ostdeutschen Steingutfabrik, Hermann Heim, beabsichtigt, in unserer Stadt eine Porzellan-Fabrik" zu erbauen, in der 400 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Ein an der Bahn belegenes, 12 Morgen großes Terrain ist bereits dazu in Aussicht genommen.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

⊙ **Thorn,** 12. Dez. [Ein schweres Unglück] hat sich heute früh auf dem hiesigen Rangirbahnhofe ereignet. Eine rangirende Lokomotive, welche sich rückwärts bewegte, fuhr auf einen Packwagen. Der Maschinenführer — Heizer Oschlinski — bemerkte noch im letzten Augenblick den Packwagen und legte schnell den Hebel der Maschine um, um dieselbe zur Vorwärtsbewegung zu bringen. Doch, es war schon zu spät, der Zusammenstoß erfolgte. Dabei wurde dem Oschlinski ein Bein abgequetscht; er wurde darauf von der Maschine geschleudert, während der Hilfsheizer auf den vorderen Theil der Lokomotive geworfen wurde und hier starke Verbrühungen durch ausströmenden Dampf erlitt. Die Heftigkeit des Zusammenstoßes erklärt sich dadurch, daß hinter dem Packwagen ein ganzer Rübenzug stand. Zwei Personen dieses Zuges kamen mit leichten Verletzungen davon. Nach dem Zusammenstoß raste die Lokomotive mit Eilzugsgeschwindigkeit auf dem Geleise nach Bromberg zu vorwärts und hatte namenloses Unheil anrichten können. Glücklicherweise aber bemerkte ein Weichensteller, daß die Maschine führerlos geworden und schnell entschlossen führte er sie auf ein todtes Geleis über. Hier brach die Lokomotive den Prellbock um und grub sich 25 Meter weiter in den Sand. Die Geistesgegenwart des Weichenstellers hat weiteres Unglück verhindert und ist hoch anerkennenswerth. Die beiden schwer verletzten Heizer sind ins Krankenhaus gebracht, an ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Dem Oschlinski ist das zerschmetterte Bein sofort amputirt worden. Außer der Maschine ist auch der Packwagen stark beschädigt. Eine Betriebsstörung trat durch den Unfall nicht ein.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 12. Dez. Der zu sechs Monaten Gefängniß wegen Beleidigung des Finanzministers Miquel verurtheilte Schriftsteller Schweinhagen ist nunmehr von Oesterreich auf den Antrag der deutschen Behörden ausgeliefert und in das Gefängniß zu Ratibor überführt worden.

Kiel, 12. Dez. Den Meldungen der Blätter gegenüber wird festgestellt, daß der Dampfer „Hans" außerhalb des Kanals im Ober-Eidersee in Folge einer schweren Boe festgekommen war, aber längst wieder flott geworden und weitergereist ist. Der Dampfer „Axminster" ist überhaupt nicht fest gewesen. Der Dampfer „Highland" war gestern Nachmittag bei Sehestedt festgerathen, wurde aber nach 4 Stunden wieder abgebracht. Eine Sperrung des Kanals ist nicht vorhanden.

Wien, 12. Dez. [Abgeordnetenhaus.] Bei der fortgesetzten Generaldebatte über das Budget hob der Finanzminister Dr. v. Bilinski, gegenüber der Behauptung, die Erhöhung der Beamtengehälter dürfe nicht zu weit gehen, weil durch die nothwendige Steuererhöhung die Landwirthschaft und Industrie leiden würden, hervor, die österreichische Industrie habe sich in den letzten Jahrzehnten bedeutend gehoben. In dem Zeitraume von $1^1/_2$ Jahren der Jahre 1893 und 1894 betrage die Zunahme an größeren Unternehmungen 478. Aufgabe des Hauses und der Regierung sei es, der Landwirthschaft mit allen Mitteln unter die Arme zu greifen, soweit man es nicht mit einem Elementarereignisse, zu dem auch die amerikanische Konkurrenz gehöre, zu thun habe. Dazu soll die Steuerreform dienen. Finanzminister Bilinski kündigte eine Börsensteuervorlage nach Durchführung der Enquete an. Nach dem Finanzminister sprachen verschiedene Abgeordnete für und gegen das Budget. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Romanczuk erklärte der Minister, das Kabinet sei solidarisch mit dem Ministerpräsidenten Gr. Badeni. Die Regierung werde alles thun, was den berechtigten Interessen des Staates und den historischen Individualitäten der Königreiche und Länder entspräche. (Lebhafter Beifall.) Der Minister wurde vielfach beglückwünscht.

Rom, 12. Dez. Deputirtenkammer. Sola beantragt den Familien der in Afrika gefallenen Tapferen das innige Beileid der Kammer und des Landes zu übermitteln. Die Minister des Auswärtigen und des Krieges, sowie Galimberti und Cavallotti schließen sich dem Vorschlag Solas an. (Lebhafter Beifall.) Auf den Vorschlag des Präsidenten erheben sich sämmtliche Mitglieder der Kammer von den Sitzen zum Zeichen der Ehrung des Andenkens der Gefallenen und des Schmerzes der Familien. (Anhaltender allgemeiner Beifall.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Saracco, beantwortet die Frage Cavallottis, in Vertretung des noch leidenden Ministerpräsidenten Crispi, und erklärt, die Zahl der bei dem Gefecht am Ambaaladschi betheiligten Truppen habe 2450 Mann betragen; die Regierung habe nicht im Sinne, die Wahrheit zu verbergen. „Wir sind geschlagen worden, müssen uns aber wie echte Römer aufrichten. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung hat alle Maßregeln getroffen, damit der Sieg schließlich den italienischen Waffen bleibe." (Bravo! Beifall.) Imbriani ergeht sich sodann in Ausführungen, wegen welcher er zur Ordnung gerufen wird. — Der Zwischenfall ist damit geschlossen. Im Fortgange der Sitzung wird der Antrag der Regierung auf Abschaffung der Militärschulen in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 91 Stimmen genehmigt. Cambray Digny legt alsdann den Bericht über die Angelegenheit Giolittis vor. Giolitti beklagte sich darüber, daß er von der Kommission, welche über die Dokumente zu berichten hatte, nicht gehört worden sei. Nach längerer lebhafter Debatte wurde der Vorschlag des Präsidenten, die Berathung über den Bericht Cambray Dignys auf die morgige Tagesordnung zu setzen, angenommen.

Rom, 12. Dezember. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission beantragten der Kriegsminister sowie der Schatzminister einen Kredit von 7 Millionen, welcher in ausreichender Weise allen Anforderungen Baratieri's entspreche. Die Kommission genehmigte einstimmig den Kredit.

Paris, 12. Dez. [Deputirtenkammer.] Das Budget für Algier wurde unverändert angenommen. Hierauf wurde das Budget des Ministeriums des Aeußern einschließlich der Ausgaben für die Protektorate unverändert genehmigt. Ein von Sembat (Sozialist) eingebrachtes Amendement auf Aufhebung der Botschaft bei dem Vatikan wurde mit 333 gegen 157 Stimmen abgelehnt, nachdem der Minister des Innern Bourgeois das Amendement bekämpft und erklärt hatte, man müsse diese Botschaft aufrechterhalten, solange Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan bestehen.

Brüssel, 12. Dez. Der „Patriote" dementirt amtlich die Nachricht von einer Ministerkrisis, welche der „Soir" als wahrscheinlich bevorstehend gemeldet hat.

Brüssel, 12. Dez. Prinz Albert von Belgien wird Belgien offiziell bei der Krönung des Kaisers Nicolaus vertreten: er wird von einem militärischen Gefolge begleitet werden.

Madrid, 12. Dezember. In dem morgen stattfindenden Ministerrathe wird der Beschluß gefaßt werden, daß alle Minister ihre Entlassung einreichen, damit die Lösung der Krise erleichtert werde. Man glaubt, die Königin-Regentin werde Canovas del Castillo mit der Neubildung des Kabinets, dessen erste Amtsthätigkeit die Auflösung der Kammern sein würde, beauftragen.

Bukarest, 12. Dez. Bei den Wahlen aus dem dritten Wahlkörper zur Deputirtenkammer fielen von 38 Mandaten 36 an die Liberalen, die übrigen 2 an die Bauernpartei. Es wurde kein Konservativer gewählt.

Havannah, 12. Dez. General Martinez Campos ist eiligst nach der Provinz Matanzas aufgebrochen. Die Führer der Aufständischen Gomez und Maceo setzen ihren Vormarsch fort und stehen augenblicklich bei Baez in der Provinz Santa Clara.

Zur Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 12. Dez. Zwei armenische Kaufleute, ehemalige Compagnons, geriethen in der Stambuler Handelsstraße über Geschäftsdifferenzen in Streit, wobei einer derselben von seinem Revolver Gebrauch machte und sodann, verfolgt von der Polizei, flüchtete. Hierdurch wurde eine große Aufregung und ein bedeutender Menschenzusammenlauf veranlaßt. Dieser geringfügige Vorgang, durch abenteuerliche Geschichten ins Ungeheuerliche übertrieben, verursachte eine große Panik. In blindem Schrecken begannen die Geschäftsinhaber ihre Lokale zu schließen. Erst $1^1/_2$ Stunden nach dem Vorfall herrschte Ruhe und der Verkehr wickelte sich normal ab.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 13. Dezember, Vormittags.

Als Nachfolger des Geheimraths Jordan, Direktor der National-Galerie, wird jetzt der Maler Prof. Knackfuß in Kassel genannt.

Der Abg. Gamp beantragte im Reichstage, den Bundesrath zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den das Strafgesetz dahin ergänzt wird, daß die betrügerische Beeinflussung der an öffentlichen Märkten zur Notirung gelangenden Preise, sowie daß betrügerische Angaben über Börsen- und Marktpreise unter Strafe gestellt werden.

Ein Antrag der Abg. Grafen Arnim, Gamp, Meyer-Danzig, sowie von Kardorff lautet, der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung zu veranlassen, daß die Pfandbriefe der landwirthschaftlichen Kredit-Institute zu gleichen Bedingungen lombardirt werden, wie die Reichsanleihe.

Das „Kl. Journal" meldet: Im Gouvernement Wolhynien verbreitet sich die Cholera, ebenso in Petersburg, wo vom 20. November bis 10. Dezember 124 Todesfälle vorkamen.

Warschau, 13. Dez. Auf der Warschau-Wiener Bahn stießen gestern ein Passagierzug mit einem rangirenden Güterzug zusammen. Eine Lokomotive wurde zertrümmert, die andere und mehrere Wagen beschädigt. Ein Maschinist wurde leicht verletzt.

Athen, 13. Dez. In Kreta fand neuerdings ein Zusammenstoß zwischen türkischen Truppen und Anhängern des revolutionären Komitees statt. 36 Soldaten und 6 Aufständische wurden getödtet oder verwundet.

Produkten- und Börsenberichte.

Breslau, 12. Dez. (Schlußkurse.) Still.

Neue 3proz. Reichsanleihe 99,30, 3½proz. L.-Pfandbr. 100,20, Konsol. Türken 19,60, Türk. Loose 107,75, 4proz. ung. Goldrente 102,30, Bresl. Diskontobank 124,25, Breslauer Wechslerbank 107,35, Kreditaktien 230,00, Schles. Bankverein 128,25, Donnersmarkhütte 141,00, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 156,00, Oberschles. Eisenbahn 77,00, Oberschles. Portland-Zement 115,50, Schles. Zement 176,00, Oppeln. Zement 124,00, Kramsta 140,00, Schles. Zinkaktien 197,00, Laurahütte 143,65, Verein Oelfabr. 88,25, Oesterreich. Banknoten 168,25, Russ. Banknoten 218,75, Giesel Cement 106 25, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 98,30, Breslauer elektrische Straßenbahn 190,00, Caro Hegenscheidt Aktien 96,25, Deutsche Kleinbahn —,—, Breslauer Spritfabrik 130,50, Leipziger Elektrische Straßenbahn 149,0..

London, 12. Dez. (Schlußkurse.) Matt.

Engl. 2¾proz. Consols 106⅞, Preuß. 4proz. Consols —,—, Italien. 5proz. Rente 85⅛, Lombarden 9, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 100¾, konv. Türken 18⅜, österr. Silberr. —,—, österr. Goldrente —,—, 4proz. ungar. Goldrente 102,00, 3proz. Spanier 64½, 4½proz. Egypter 99¼. 4proz. unifiz. Egypter 102¼, 3½proz. Tribut-Anl. 99½, 6proz. Mexikaner 91¾, Ottomanbank 12½, Canada Pacific 55¼, De Beers neue 25, Rio Tinto 15⅝, 4proz. Rupees 60¼, 6proz. fund. arg. A. 74¾, 5proz. arg. Goldanleihe 70, 4½proz. äuß. do. 47, 3proz. Reichsanl. 97¾, Griech. 81. Anleihe 29½, do. 87er Monopol-Anleihe 30½, 4proz. Griechen 1889er 25½, Bras. 89er Anl. 69, 5proz. Western de Min. 76, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 87½, Platzdiskonto ⅞, Silber 30,00, Anatolier 88½, Chinesen 107, 6proz. Chinesen (Charterd Bank-Anleihe) 108½, 3proz. ung. Goldanl. —.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,63, Wien 12,33, Paris 25,38, Petersburg $25^1/_{16}$.

Bremen, 12. Dez. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Petroleum-Börse.) Höher. Loko 7,40 Br. Russisches Petroleum loko 7,00 Br.

Schmalz. Matt. Wilcox 29½ Pf., Armour shield 29 Pf., Cudahy 30 Pf., Choice Grocery 30 Pf., White label 30 Pf., Fairbanks 26 Pf.

Speck. Flau. Short clear middling loko 24, Extralongs 24 Pf.

Kaffee besser.

Baumwolle. Steigend. Uppland middl. loko 44 Pf.

Wolle. Umsatz 61 Ballen.

Hamburg, 12. Dez. (Schlußbericht.) Kaffe. Good average Santos per Dezember 73¼, per März 69, per Mai 67½, per Sept. 63¾. Behauptet.

Hamburg, 12. Dez. (Slußbericht.) Zuckermarkt. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Dezember 10,70, per März 10,0½, per Mai 11,17½, per August 11,42½. Matt.

Havre, 12. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffe in Newyork schloß mit 5 Points Hausse.

Rio 8 000 Sack, Santons 14 000 Sack, Recettes für gestern.

Havre, 12. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos per Dezember 89,50, per März 84 50, per Mai 83,00. Ruhig.

Paris, 12. Dez. (Schluß.) Rohzucker fallend, 88 Proz. loko 28,50 à 29,00. — Weißer Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 Kilo per Dez. 31,00, per Januar 31,37½, per Januar-April 31,75, per März-Juni 32,25.

Paris, 12. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Dezember 18,65, per Januar 18,85, per Jan.-April 19,15, per März-Juni 19,60. — Roggen ruhig, per Dez. 10,75, per März-Juni 11,50. — Mehl behauptet, per Dezember 41,30, per Januar 41,75, per Jan.-April 42,30, per März-Juni 43,05. — Rüböl ruhig per Dez. 54 75, per Januar 54,75, per Januar-April 54,75, per Mai-August 53,25. — Spiritus fest, per Dezember 31,75, per Januar 32,00, per Januar-April 32,50, per Mai-August 33,25. — Wetter: Bewölkt.

Amsterdam, 12 Dez. Bancazinn 37¾.

Amsterdam, 12. Dez. Java-Kaffee good ordinary 54.

Amsterdam, 12. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen auf Termine niedriger, do. per März —, per Mai 152. — Roggen loko — do. auf Termine niedriger, per März 102, per Mai 103, per Juli 105. — Rüböl loco —, per Mai ——, per Herbst 1896 —.

Antwerpen, 12. Dez. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste fest.

Antwerpen, 12. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19.

Schmalz per Dezember 69, Margarine ruhig.

London, 12. Dez. An der Küste — Weizenladung angeboten. — Wetter: Bewölkt.

London, 12. Dez. Chili-Kupfer 42¾, per 3 Monat $43^3/_{16}$.

Glasgow, 12. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 sh. 11½ d.

Liverpool, 12. Dez. Nachm. 4 Uhr 15 Min. (Baumwolle.) Umsatz 15 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Weichend. Amerikaner $^1/_{32}$ niedriger.

Middl. amerikanische Lieferungen: Stetig. Dezember-Januar $4^{15}/_{32}$ Werth, Januar-Februar $4^{29}/_{64}$—$4^{15}/_{32}$ Käuferpreis, Februar-März $4^{29}/_{64}$—$4^{15}/_{32}$ do., März-April $4^{29}/_{64}$—$4^{15}/_{32}$ do., April-Mai $4^{15}/_{32}$ do., Mai-Juni $4^{31}/_{64}$ Verkäuferpreis, Juni-Juli $4^{31}/_{64}$—4½ Käuferpreis, Juli-August 4½ do., August-September $4^{31}/_{64}$ d. do.

Newyork, 11. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 8½, do. in New-Orleans 8⅛. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia 8,70, do. rohes —,—, do. Pipe line certifik., per Jan. 156 nom. — Schmalz Western steam 5 45, do. Rohe u. Brothers 5,70. — Mais Tendenz: behauptet, per Dezember 34½, per Januar 34½, per Mai 35. — Weizen Tendenz: beh. — Rother Winterweizen 69⅞, do. Weizen per Dez. 66⅛, do. Weizen per Jan. 66¼, do. Weizen per März 68⅝, per Mai 67⅞ — Getreidefracht nach Liverpool 3. — Kaffee fair Rio Nr. 7, 14½, do. Rio Nr. 7 per Januar 13,70, do. Rio Nr. 7 per März 13,59. — Mehl, Spring-Wheat, clears 2,60. — Zucker 3⅛. — Kupfer 10,50.

Chicago, 11. Dez. Weizen. Tendenz: kaum behauptet, do. per Dezember 57½, do. per Januar 57¾. — Mais. Tendenz: kaum behauptet, der Dezember 25⅞. — Schmalz per Januar 5,20, do. per Mai 5 42½. — Speck short clear non. Pork per Jan. 8 30.

Berlin, 13. Dez. Wetter: Kalt.

Newyork, 12. Dez. Weizen per Dez. 66⅛, per Jan. 66⅝.

Berliner Produktenmarkt vom 12. Dezember.

Die Geschäftsunlust war heute so groß, daß sie offenbar als das in erster Reihe charakteristische Merkmal bezeichnet werden muß. Der in den auswärtigen Berichten vorherrschende matte Ton hat das spärliche Angebot anfänglich zwar zum Entgegenkommen veranlaßt, aber die Preisherabsetzungen konnten allermeist wieder eingeholt werden, denn das Angebot war trotz der äußerst beschränkten Theilnahme alsbald erschöpft. Weizen hat gestrigen Preisstand nahezu zurückgewonnen. Roggen ist gegen gestern vollkommen behauptet und auch Hafer zeigt für Termine kaum eine Aenderung, während über den Absatz von Waare entschieden geklagt wird. Rüböl war recht fest, auch eine Kleinigkeit höher, ist jedoch nur sehr wenig umgesetzt worden. Spiritus blieb vernachlässigt, hat sich bei sehr schwachem Verkehr aber im Werthe nicht viel verändert.

Weizen loko leblos, Termine matt eröffnend, schließen etwas fester. Gekündigt 150 To. Roggen loko still, Termine wenig verändert Gekündigt 100 To. Mais loko und Termine matter. Hafer loko flau, Termine unbelebt. Roggenmehl behauptet. Rüböl etwas fester. Gekündigt 500 Ctr. Petroleum höher. Spiritus still. Gekündigt 80 000 Liter.

Weizen loko 138—152 M. nach Qualität gefordert, Dezbr. 144,25—144,50 M. bez., Mai 148,25—148,75 M. bez., Juni 149 bis 149,75 M. bez., Juli — M. bez.

Roggen loko 116—123 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 120 M. ab Bahn bez., Dezember 118,25—119 M. bez., Mai 124,25—124,50—124,75 M. bez., Juni 125,75—125,50 M. bez., Juli 126 75—126,50 M. bez., Sept. — M. bez.

Mais loko 101—109 M. nach Qual. gefordert, Dezember 101 bis 100,50 bez., April — M. bez., Mai 93 M. bez.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 113—170 M. nach Qual. gefordert.

Hafer loko 117—149 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, mittel und guter ost- und westpreußischer 118—127 M. bez., do pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 118 bis 128 M. bez., do schlesischer 118—128 M. bez., feiner schlesischer, preußischer, mecklenburgischer und pommerscher 130—141 M. bez., Dezember 120,50 M. nom., Mai 120,25—120,50—120,25 M. bez.

Erbsen. Kochwaare 142—165 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 120—132 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 155—170 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,75—18,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,50 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,75 bis 15,75 M. bez., Januar 16,55 M. bez., Februar 16,65 M. bez., April — M. bez., Mai 16,90 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 46,2 M. bez., Dezbr. 46,8 M. bez., Mai 46,3—46,5—46,4 M. bez.

Petroleum loko 22,4 M. bez., Dez. 22,4 M. bez., Januar 22,5 M. bez., Februar 22,6 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsangabe loko ohne Faß 52,1 M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,5 M. bez., Dezbr. 36,9 37 36,9 M. bez., Januar 36,8 M. bez., Mai 37,5—37,7—37,5 M. bez., Juni 37,8 bis 37,9—37,8 M. bez., Juli 38,1—38,2—38,1 M. bez., August 38,4 bis 38,5—38,4 M. bez., September 38,6—38,7—38,6 M. bez.

Kartoffelmehl Dezember 14,20 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene, Dezember 14,20 M. bez.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf 144,00 M. per 1000 Kilo, für Roggen auf 118,75 M. per 1000 Kilo, für Hafer auf —,— M. per 1000 Kilo, für Rüböl auf 46,80 M. per Ztr., für Petroleum auf —,— M. per Ztr., für Spiritus auf 36,90 M. per 10 000 Ltr. Proz. (N. Z.)

Feste Umrechnung; 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden öster. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 Francs, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-Diskont		Wechsel v. 12 Dez.	
Amsterdam	2½	8 T.	168,25 bz B
London	2	8 T.	20,41 bz
Paris	2	8 T.	80,90 B.
Wien	4	8 T.	167,80 bz
It. Pl.	5	10 T.	75,20 bz
Petersburg	5	3 M.	217,40 bz
Warschau	5	8 T.	217,50 bz
Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5 Privatd. 3½ bz			

Geld, Banknoten u. Coupons.	
Sovereigns	20,40^5 bz
20 Francs-Stück	16,18 G.
Gold-Dollars	4,16^5 bz
Amerik.Not.1 Dollars	4,16^5 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,44 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,05 bz B.
Oestr. Noten 100 fl.	168,05 bz
Russ. Noten 100 R.	218,50 bz
Russ. Not. ult. Dez.	218,00 bz
do. do. do. Jan.	217,75 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Dtsche. R.-Anl.	4	105,50 G.
do. do.	3½	104,40 B.
do. do.	3	99,40 G.
Pr. Cons.-Anl.	4	105,10 G.
do. do.	3½	104,20 bz
do. do.	3	99,70 B.
St.-Anl. 1868	4	
Sts.-Schld-Sch	3½	100,10 G.
Berl. Stadt-Obl	3½	101,40 G.
Westpr. ProvAnl	3½	101,70 B.
PosenerProv.-Scheine	3½	101,10 bz
Pos. Stadt-Anl.	3½	
Pfandbriefe: Berliner	5	124,40 bz
do.	4½	118,30 G.
do.	3½	105,00 bz G.
Ctrl.Ldsch	4	
do. do.	3½	101,00 G.
Kur.uNeu-mrk. neue	3½	101,50 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	100,50 B.
Pommer.	3½	100,60 G.
do.	4	
Posensch.	4	101,20 G.
do.	3½	100,40 B.
Schls. ldschl Lt.A	3½	100,10 G.
do.	4	
Ws.neu do.	3½	100,25 bz
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	100,50 G.
do.neul. II.	3½	100,40 G.
Renten: Pommer.	4	105,00 bz
Posensch.	4	105,00 bz
ensch.	3½	102,10 bz
Preuss.	4	105,60 bz
Schles.	4	105,10 G.
Bad. Eisenb.-A.	4	104,30 G.
Bayer. Anleihe	4	105,50 G.
Brem. A. 1893	3½	103,10 bz
Hmb. Sts.Rent.	3½	104,30 bz G.
do. do. 1886	3	98,20 B.
do. amort.Anl.	3½	
Meklenb.Anl.	3½	
Sächs. Sts.Anl.	3½	102,70 bz G.
do. Staats-Rnt.	3	88,50 B.

Loospapiere.		
Bad. Präm.-Anl.	4	144,10 bz
Bay. Pr.-Anl.	4	155,20 G.
Brnsch. 20T.-L.	—	105,00 bz
Dess. Pr.-Anl.	3½	

Finnische L.	—	57,25 bz
Freiburger L.	—	27,75 G.
Ham. 50T.-L.	3	
Lüb. 50T.-L.	3½	133,00 G.
Köln-M. Pr.-A.	3½	138,50 G.
Mail. 45 Lire L.	—	
Mail. 10 Lire L.	—	13,00 G.
Mein. 7 Guld-L.	—	23,50 B.
Oest. 1854er L.	3½	
do. 1858er L.	—	340,00 bz
do. 1860er L.	4	154,00 bz
do. 1864er L.	—	339,00 B.
Oldenb. Loose	3	132,00 bz
Raab-Gratzer L.	2½	98,50 bz
Russ. 1864 Pr.	5	190,50 bz
do. 1866 Pr.	5	162,00 G.
Türkenloose	—	107,10 bz
Ung. Pr. Loose	—	274,00 bz
Venet. Loose	—	24,00 G.

Ausländische Fonds.		
Argentin. Anl.	5	58,10 bz
do. 1888	4½	48,50 bz
Bukar. Stadt-A.	5	98,50 G.
Buen. Air. Obl.	5	34,50 B.
Chines. Anl.	5½	
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Griech. Gold-A	5	
do. cons. Gold	4	26,25 G.
do. Monop-Anl.	4	
do. Pir.-Lar.	5	
Italien. Rente	4	85,50 B.
do. amort.-Rt.	4	81,20 bz
Mexikan. An.	6	91,80 bz
do. neue 90-er Anleihe	6	91,90 bz
do. 5% E.-B-A.	5	85,00 bz B.
Oest. G.-Rent.	4	102,30 bz B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. 1/1 Silb.-Rt.	4⅕	99,70 B.
do. A/O do.		
do. Kronen-oblig(Localb)	3	81,40 bz G.
Poln. Pf.	4½	67,30 bz
do. Liq.-Pf.-Br	4	67,40 bz
Port. A 88—89	4½	40,70 B.
do. Tabak-Anl.	4½	92,30 bz
Röm. Stadt-A.	4	90,00 G.
do. II. III. VI.	4	85,40 bz G.
Rum. Staats-A.	4	86,50 B.
do. Rente 90	4	86,75 bz
do. do. fund.	5	102,40 bz
do. do. amort.	5	98,00 G.
do. do. 92	5	97,90 bz
Rss. cs. 1880 A.	4	101,40 bz
do. Gd. 1889 A.	4	
do. do. 1890 A.	4	
do. cs. E.-B. O.	4	101,50 bz
Russ 4 Staatsrente v. 1894.	4	66,25 bz G.
Bodkr.-Pfdbr.	5	
do. neue	4½	103,00 bz
Schwedische	3½	100,30 B.
Schw. d. 1890	3½	101,00 B.
do. 1883	4	101,00 bz G.
Serb. Gld-Pfdb.	5	84,60 bz G.
do. Rente 84	4	66,00 bz G.
do. neue 85	4	66,50 bz G.
Span. Schuld.	4	
Türk A. 1865 C.	1	19,65 bz
do. do. D.	1	19,35 bz
o. Administr.	5	89,00 bz
do. Consol. 90	4	
Ung. Gld-Rent.	4	102,30 bz B.
do. Kronen-R	4	98,20 bz G.
do. Gld.-Inv.-A.	4½	104,10 G.
do. Tem-Bg.-	5	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Aachen-Mastr.	2½	77,00 bz B.
Altdamm-Colb	5	109,00 B.
Altenbg.-Zeitz	10,8	
Crefelder	3	101,75 bz G.
Crefld-Uerdng	5½	
Dortm.-Ensch.	5	148,50 bz
Eutin. Lübeck	1¼	57,00 bz B.
Frnkf.-Güterb.	4½	83,50 bz
Halberst Blank	5½	129,60 G.
Ludwsh.-Bexb.	10	247,10 bz
Lübeck-Büch.	6	148,50 bz
Mainz-Ludwsh	5	117,10 bz G.
Marnb.-Mlawk.	2	75,00 bz
Mekl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	103,75 bz
Ostpr. Südb.	⅓	88,00 bz
Saalbahn	⅔	
Stargrd-Posen	4½	
Weimar-Gera	0	
Werrabahn	2,1	
Aussig-Teplitz	15	
Böhm. Nordb.	8	
do. Westb.	8	
Brünn. Lokalb.	5½	
Buschtherader	10¾	
Dux-Bodenb	5	
Galiz. Karl-L.	5	108,50 G.
Graz-Köflach	5,14	
Kaschau-Od	4	
Lemberg-Cz	7	143,75 G.
Oester Staatsb	6⅖	155,00 B.
do. Lokalb.	3½	
do. Nordw.	5½	
do. Lit. B. Elb.	5⅜	
Raab-Oedenb.	1½	52,00 bz B.
Reichenb.-P	$4^2/_7$	
Südöstr. (Lb.)	⅘	42,70 bz
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	0	
Donetzbahn	—	
Ivang. Domb.	0	
Kursk-Kiew	9⅜	
Mosco-Brest.	0	75,50 B.
Russ. Staatsb.	—	
do. Südwest.	—	
Wrsch.-Teres.	0	
Wrsch.-Wien.	19⅚	261,50 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	3	
Canada-Pacif.	2½	51,30 bz
Gotthardbahn	7⅖	166,00 bz
Ital. Mittelm.	0	89,40 bz
Ital. Merid.-Bah	0	118,50 bz
Lüttich-Lmb.	⅘	32,10 G.
Lux. Pr. Henri	4	72,00 bz G.
Schweiz. Centr	5½	131,50 bz B.
do. Nordost	6	127,25 bz
do. Unionb.	4	88,25 bz
Westsicilian.	3⅕	57,60 G.

Eisenb.-Stamm-Priorität.		
Altdm.-Colberg	5	118,00 bz G.
Bresl.-Warsch	$1^{17}/_{90}$	61,75 bz
Dortm.-Gron.	5	
Paul.-Neu-Rup	5½	
Prignitz	4½	
Szatmar-Neg.	4	
Marienb Mlawk	5	120,00 bz
Mecklb. Südb.	—	
Ostpr. Südb.	5	118,25 bz
Saalbahn	5	
Weimar-Gera	4½	

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.		
Bresl.-Warschauer Bahn	4	
Gr Berl. Pferde Eisenbahn	3½	100,60 B.
Mainz-Ludwh.	4	101,50 G.
do. do.	3½	
Nordd. Lloyd.	4	101,60 G.
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4	
do. do.	4	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	
Dux-Bodenb. I.	5	106,00 bz
Dux-Prag G-Pr	5	
do. 1891	4	100,60 bz G.
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgbg 1890	4	98,50 bz
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	101,60 G.
KronpRudolfb.	4	
do. Salzkammg	4	103,40 bz G.
LmbCzern. stfr	4	97,70 bz
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	92,10 G.
do. Staats-I. II.	5	116,60 G.
do. Gold-Prio.	4	103,75 G.
do. Lokalbahn	4	102,20 bz
do. Nordwestb.	5	108,50 bz
do. NdwB. G-Pr	5	
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	84,50 bz G.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Südöst-B. (Lb.)	3	70,80 bz G.
do. Obligation.	5	110,25 bz
do. Gold-Prior.	4	101,30 G.
Ung Eis-B. G-A.	4½	104,80 G.
do. do. S.-A.	4½	
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo	5	
Gr. Rss. Eis. gar.	3	
Ivang.-Dom. g.	4½	103,75 G.
Kozl-Wor. g.	4	100,25 bz
do. 1889	4	100,40 bz
Ku. CharAs. (O)	4	100,25 bz
do. (Ob.) 1889	4	100,10 bz G.
Kur.-Kiewconv	4	101,75 bz
Losowo-Seb.	5	
Mosco-Jarosl.	5	
do. Kursk g.	4	96,00 bz
do. Rjäsan g.	4	102,10 bz G.
do. Smolen g.	5	103,70 bz
Orel-Griasy c.	4	100,20 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozl. g	4	100,30 bz
Rjäsan-Uralsk-Obligat.	4	101,00 bz G.
Rjaschk-Mor. g	5	
Rybinsk-Bol.	5	100,50 bz
Südwestb. gar.	4	101,30 bz
Transkauk. g.	3	
War.-Ter. g.	5	
War.-Wienn.	4	102,90 bz
Wladikaw. O. g	4	101,50 bz
Zarskoe-Selo	5	
Anat. Gold-Obl	5	87,20 bz G.
Gotthardb. ov.	3½	102,60 bz
Sicilian. Gld.-P	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisb.-Obl.	3	52,60 bz

Italien. Mittelm	4	93,30 bz
Macedonier	3	53,10 bz G.
Oeste de Minas	6	85,25 bz G.
Portugies. Obl.	—	66,25 B.
Sardinische Obl	3	79,90 bz
Süd-Ital. Bahn	3	56,10 G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	102,50 G.
Northern Pac. I.	6	113,25 B.
do. do. II.	6	
do. do. III.	6	
do. do.	5	36,30 bz G.
San Louis-Franc	4	103,20 bz
San Louis Franc.	5	90,40 bz
do. do. West.	4	69,10 bz G.
Southern Pacific	6	109,30 bz

Hypotheken-Certifikate.		
Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche Grd.-Kr.-Pr. I	3½	121,10 G.
do. d. II.	3½	116,80 G.
do. III. IV. abg.	3½	104,10 bz
do. do. V. abg.	3½	100,75 G.
Dtsch. Gr. K. VI.	4	103,50 bz G.
do. do. VII.	4	104,30 G.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	112,60 G.
do. do.	4	101,90 bz G.
do. do.	3½	101,25 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	
do. do. (unkündbar bis 1./1.1900)	4	103,50 G.
do. do (rz 100)	3½	100,30 bz
do. do. bis 1895	3,50	101,50 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	100,25 bz
dto. 42 bis 1900 unkb. Hyp.-Pfdbr.	4	104,00 bz G.
Pomm. Hypoth.-Akt. do. 42 bis 1904 unnb. Hyp. Pfdbr.	4	105,50 bz G.
do. IX/X. unk. b. 1906	4	106,00 bz G.
do. II/III. unk. b. 1906	3,5	102,25 bz G.
B-Pfandbr. III. u. IV.	4	100,90 G.
Pom. Hyp. V. VI.	4	103,40 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	115,00 G.
Pf. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	108,75 G.
do. do. (rz. 115)	4,5	117,00 B.
do. do. X (rz. 110)	4,5	113,25 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,40 bz G.
Pr. Cent.-Pf. 86-89	3,5	100,30 bz G.
do. 1890 unk. 1900	4	104,40 G.
do. 1894 unk 1900	3,5	101,20 bz G.
do. Communal-Obl.	3,5	100,90 bz G.
Pr. Hyp.-B.-A. (rz. 120)	4,5	
do. do. VI. (rz. 110)		
do. div. Ser. (rz. 100)	3,5	
do. do. (rz. 100)	4	101,80 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4	100,00 bz G.
do. do. do.	3,5	
Preuss. Hyp.-V.	4	
Sch. Bod.-Cr. b. 1903	4	105,50 G.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3,5	100,50 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4,5	
do. do. (rz. 110)	4	
do. do. (rz. 100)	4	102,50 bz G.

Bankpapiere.		
Bank f. Rheinl.	8	116,50 G.
B. f. Sprit-Prod. H	3¾	74,30 bz G.
Berl. Cassenver.	4½	129,80 G.
do. Handelsges.	7	147,50 bz
do. Maklerver.	6½	130,00 bz G.
do. Prod-Hdbk.		
Börsen-Hdlsver.	0	119,80 G.
Bresl. Disc.-Bk.	6½	124,00 bz B.
Wechslerbk.	5	107,25 bz G.
Danz. Privatbank	8	149,80 bz B.
Darmstädter Bk.	7	153,75 bz
do. do. Zettel	4,5	
Deutsche Bank	9	188,50 bz
do. Genossensch	5	117,75 bz G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	133,75 G.
Disc.-Command.	8	208,20 bz
Dresdener Bank	8	160,00 bz G.
Gothaer Grundcreditbank	4	124,80 G.
Königsb. Ver.-Bk	5	106,90 G.
Leipziger Credit	10	213,10 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5½	114,30 G.
Maklerbank	5½	109,50 bz G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	157,10 bz G.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	8	128,60 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	5	109,60 bz
Nationalbk. f. D.	6½	138,80 bz
Nordd. Grd.-Crd.	5	110,25 bz G.
Oester. Credit-A.	11⅞	228,90 bz
Petersb. Disc.-Bk	15	
do. intern. Bk.	14	
Pomm. Verz.-Akt	6	144,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	4½	109,00 B.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	145,60 G.
do. Cnt-Bd 60 pCt	8½	185,60 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	137,75 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.		
Rh.-Westf.-Bank	7	94,25 bz
Reichsbank	6,21	164,50 G.
Russische Bank	9⅗	134,10 bz
Schaffhaus.-Bk.	6½	139,00 bz G.
Schles. Bankver.	5½	128,00 G.
Warsch. Comerz	11	
do. Disconte	9,86	

Industrie-Papiere.		
Allg. Elekt.-Ges.	11	224,00 bz
Bauges.: Berl.-Charl.	—	750,00 B.
do. Neust.	—	87,25 G.
Hann.-St. P.	3½	102,25 bz G.
Humbldth.	6	
Kurfürst	—	118,00 G.
Moabit	6	
Passage	4	90,25 G.
Weissens.	—	650,00 G.
Berl. Elekt.-W.	12½	231,90 bz
Berl. Holzcomt.	5½	112,75 bz G.
Berl. Lagerhof	2	120,50 G.
do. do. St.-Pr.	5	120,50 G.
Ahrens Br., Mbt.	0	36,00 bz
Berl. Bock-Br.	4	174,50 bz G.
Königstd. Br.	6	135,00 G.
Landré Br.	13	229,50 G.
Münch. V.-Br.	—	155,00 bz G.
Patzenhofer Br.	5	242,00 bz G.
Schultheiss-Br.	14	267,25 bz B.
Hugger Br.	10	145,00 bz B.
Bresl. Oelw.	3½	88,00 G.
do. Sprit-A.-G.	—	130,00 B.
Brodfabrik	2	171,00 B.
Butzke Metall	4	152,00 bz
Chem. Fab. Milch	10	126,60 bz
Ch. F. Anglo. G.	7	101,60 bz G.
Ch. F. Leopoldsh.	4¼	85,60 G.
do. St. Pr.	5	121,50 G.
Ch. F. Oranienb.	6	163,00 G.
Ch. F. Union	3	105,00 G.
Danziger Oel.	3	91,25 G.
do. St. Pr.	5	106,50 bz G.
Dtsch. Thonröhr.	6⅖	142,00 bz
Dynamit Trust.	10	150,00 bz
Egestorff. Salz.	8	139,50 bz G.
Gummi HarWien	22	311,90 bz
do. Schwanitz	9½	
do. Voigt Winde	4	135,25 bz G.
Masch.- u. Eisenb.-Bedarfsanst.: Anhalter	—	31,75 bz G.
Berl. Anh.	6	130,75 bz G.
Bresl. Lnk.	8½	194,00 bz
do. Hofm.	6	157,00 bz B.
Chemnitz	3	115,00 bz G.
Floether	8	129,25 bz G.
Germ. V.-Akt.	0	74,60 G.
GörlitzKörn.	12	194,00 bz G.
Görl. Lüdr.	12	204,80 bz G.
H. Pauksch	4½	108,25 bz
Lud. Löwe	20	327,00 bz G.
Pomm. ov.	4½	66,25 B.
Schwarzk.	13⅓	243,10 bz
Stett.-Vlk.-B.	6	136,90 bz G.
Stett. St. Pr.	6	149,00 bz
Sudenburg	20	204,00 bz B.
Ob.-Schl. Portl.-Cement	6	113,00 G.
Oppeln. Cem.-F.	6½	123,25 G.
do. (Giesel)	4½	106,00 G.
Bresl. Pferde-Bh.	8	178,50 B.
do. Elektr. Bhn.	8	190,00 bz
Charlottenburg.	—	
Gr. Berl. Pferdeb.	12½	326,00 bz G.
Posen. Sprit-F.	12	170,60 B.
Sächs. Kamg.	1	119,50 bz G.
Hb. Pakf. Tr.-G.	0	106,20 G.
Nordd. Lloyd Transp.-G.	0	101,20 bz G.
Fraust. Zucker	—	117,00 bz
Glauz. Zucker	4½	110,00 bz G.

Bergwerks- u. Hüttenges.		
Berzelius	5	118,75 G.
Boch. Gussstahl	5	152,60 bz G.
Bonifacius	—	106,25 bz G.
Concordia	5½	133,00 bz
Consolidation	8	201,50 bz B.
Courl. Bgw.	2½	111,00 bz
Dannenbaum	2½	101,00 bz G.
Donnersmarck.	6	142,00 bz G.
do. ov.	8	
Dtm. Union P. A.	0	54,50 bz G.
Eschweiler	8	154,00 bz
Gelsenkirchen	8	172,60 bz B.
Hörder Bergw.	3	99,00 bz G.
Hugo Bgw.	7	185,00 bz B.
Inowrazl. Salz	1½	[illegible]5,60 G.
Kölner Bgw.	6	163,00 bz G.
König u. Laura.	4	142,80 bz G.
do. P. A.		
Lauchham. ov.	4½	99,50 bz B.
do. conv.	6	131,50
Louis. Tief. St.-P.	0	58,50 G.
do. P. A.	0	93,25 bz G.
Marienh. Ktz.	2½	68,75 bz G.
Obersohl. Bed.	3	76,90 bz G.
do. Eisen-Ind.	2	86,00 bz
Phönix, Lit. A.	6	155,75 bz G.
Pluto	5½	153,00 bz G.
do. St. P.-A.	5½	
Redenh. St.-Pr.	0	15,00 bz B.
Lit. A.	0	39,50 G.
Rh. Anthr. Nassau	—	74,50 bz
Riebeck. Wk.	10	179,75 bz G.
Schl. Zinkhütte	12	197,00 G.
do. do. St.-Pr.	12	197,00 G.
Stolb. Zink-H.	1	38,90 bz G.
do. St.-Pr.	6	121,25 G.
Tarnowitz L. A.	0	34,50 bz G.
West. Un. ov.	1	100,10 bz
do. Pr.	7	152,00 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.